

Das Programm

DEUTSCHE GERECHTIGKEITS PARTEI (DEGP)

§ 1

Die DEUTSCHE GERECHTIGKEITS PARTEI (DEGP) bekennt sich vollinhaltlich und ohne jeden Vorbehalt zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, wie sie im Grundgesetz (GG) für die Bundesrepublik Deutschland verfasst ist.

§ 2

Die Verwirklichung vorgeschriebener Verfassungsziele ist für die DEUTSCHE GERECHTIGKEITS PARTEI (DEGP) oberstes Gebot.

§ 3

Die DEUTSCHE GERECHTIGKEITS PARTEI (DEGP) ist eine demokratische Partei, die sich zum Ziel gesetzt hat eine bürgernahe Politik zu vertreten. Das Fundament ist Politik von Menschen für Menschen zu machen. Die besondere Zielrichtung ist ein gerechteres Zusammenleben. In einer globalen Zeit nicht nur Deutschland, sondern Europa- und Weltweit. Die DEGP spricht sich klar aus für Reformen, die zu mehr Gerechtigkeit führen in den verschiedensten Bereichen menschlichen Zusammenlebens. Eine gerechtere Zukunft kann nur dadurch erreicht werden, dass man die Begebenheiten der Vergangenheit nicht ignoriert, sondern zum Besseren transformiert.

§ 4

Die DEGP vertritt eine familien- und kinderfreundliche Politik, die den besonderen Erschwernissen gerecht wird, die mit der Erziehung von Kindern verbunden sind. Insbesondere setzt sich die DEGP dafür ein, dass die Position allein erziehender Elternteile sozial und ökonomisch gestärkt wird. Die DEGP setzt sich dafür ein, dass Plätze in Kindertages-Stätten kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Eine unbeschwerte Kindheit frei von Multi-Tasking und elektronischen Medien ist die Maxime für einen aufgeklärten und bewusst handelnden Menschen. Frühes soziales Verhalten ist in menschlicher Gemeinschaft eher erlernbar, als mit sogenannten virtuellen sozialen Netzwerken.

Der europäische Geist wird durch die DEGP in besonderer Weise gepflegt und gefördert. Die Möglichkeiten des Volksbegehrens und einer Volksabstimmung müssen frühzeitig im jungen Alten den Menschen in der BRD bewusst gemacht werden. Ein weiteres relevantes Mittel ist der legale Streik. Befugnisse der Betriebsräte und der Gewerkschaften dürfen nicht beschnitten werden. Oberstes Ziel bleibt eine gerechte Entlohnung für erbrachte, hochwertige Arbeit in jedem nur möglichen Berufsfeld.

§ 5

Die DEGP setzt sich dafür ein, dass das Gesundheitssystem in Deutschland wieder den sozialen Grundsätzen gerecht wird. Ziel muss sein, dass niemand im Status ohne Krankenkasse bzw. unversichert in der BRD lebt. Die medizinische Grundversorgung zu jeder Zeit muss für jeden gewährleistet sein. Dies sowohl ambulant als auch stationär-medizinisch. Eine auf Prozess-Optimierung ausgerichtete Gesundheits-Industrie, wo der kranke Mensch einen grösseren wirtschaftlichen Gewinn-Vorteil als der gesunde ausmacht, gilt es zurückzufahren. Massstab der modernen Medizin muss nach wie vor der Eid des Hippokrates sein. Krankenpfleger und Krankenschwestern dürfen nicht so schlecht entlohnt werden, dass der Anreiz gross ist in anderen Ländern zu arbeiten. Spekulative Geschäfte mit der Transplantation von Organen lehnt die DEGP ab.

Eine Arzt-Praxis darf ausschliesslich der medizinischen Versorgung dienen. Deshalb setzt sich die DEGP dafür ein. Die medizinisch-helfende Tätigkeit eines Arztes und des Personals darf nicht übermässig durch Verwaltungstätigkeit beansprucht werden. Die Volks-Gesundheit ist Voraussetzung für ein leistungsfähiges Staatsgefüge.

Um den volkswirtschaftlich schädigenden Missbrauch der Krankenkassen-Chip-Card zu unterbinden, sollen personenbezogene Daten wie Photo und Fingerabdruck auf die neue Chip-Card eingegeben werden. Den Gleichheitsgrundsatz zwischen dem kassenärztlich und dem privatärztlich Versicherten gilt es auf Massgabe des Grundgesetzes (GG) zu gewähren.

§ 6

Die DEGP bekennt sich ökonomisch zu einer Neustrukturierung des Arbeitsmarktes, die erreichen soll, dass auch ältere, lebens- und berufserfahrene Arbeitnehmer im Arbeitsmarkt integriert bleiben. Es gilt eine Zwei-Klassen-Gesellschaft zu vermeiden. Und zwar muss verhindert werden, dass die einen Arbeit haben und die anderen keine Arbeit haben. Ein Netto-Mindest-Lohn in Höhe von 10,- € im sozialversicherungspflichtigen Mantel wird von der DEGP gefordert. Geringfügige Löhne und Ein-Euro-Jobs widersprechen dem Grundsatz der Gerechtigkeit. Die DEGP postuliert nicht nur europaweit, sondern weltweit den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit. Damit wird die weltweite Job-Migration massgeblich eingedämmt. Geregelter Arbeitszeit entspricht den Grundsätzen der DEGP. Unbezahlte Überstunden führen zu weiter ansteigender Arbeitslosigkeit. Das Renten-Alter für Männer und Frauen ist auf 65 Jahre bemessen. Jedoch darf es keine Einschränkung geben darüber hinaus auf eigenen Wunsch berufstätig zu sein. Auch im Universtäts-Betrieb und in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk-Anstalten fordert die DEGP die Altersgrenze von 65 Jahren aufzuheben.

Altersarmut gilt es abzuwenden. Eine Grundrente um 1100,- € wird gefordert. Auch für Hausfrauen und Hausmänner, die natürlich keinen Arbeitsvertrag in der Familie benötigen. Die Spekulation mit Geldern der staatlichen Rentenkasse, sogenannte Renten- und Pensions-Fonds, lehnt die DEGP eindeutig ab.

§ 7

Die DEGP fordert das deutsche Steuerrecht massgeblich zu vereinfachen. Die derzeitige Komplexität des Steuerrechts führt dazu, dass der steuerlich veranlagte Bürger in der Mehrzahl nicht mehr in der Lage ist eigenständig seine Steuerklärung auszuarbeiten.

Die DEGP setzt sich nach skandinavischem Vorbild für eine Transparenz des Steuer zahlenden Bürgers ein. Es soll erreicht werden, dass das Bewusstsein für Steuer-Gerechtigkeit wächst. Die Motivation unversteuertes Kapital im Ausland zu deponieren verliert damit zunehmend an Bedeutung.

Die DEGP vertritt eine Position der massiven Vereinfachung des Deutschen Steuerrechts. Ohne Frage zählt das Deutsche Steuerrecht zu den kompliziertesten weltweit. Sowohl der Steuer Zahlende wie die Beamten der Finanzämter als auch die Steuerberater sind hierunter leid tragend. Ein transparentes Steuer- und Finanzwesen trägt massgeblich zu einer besseren Steuerzahlungsmoral bei. Beispiel sind Staaten, wie Norwegen, wo es je einen taxering indexe gibt.

In Ehen und eheähnlichen Gemeinschaften ist ein bestimmter monatlicher Einkommens-Höchstbetrag nicht zu überschreiten aus dem Grundprinzip der Gerechtigkeit heraus. Denn Arbeit ist derzeit nicht beliebig vermehrbar, sondern sie muss weise aufgeteilt werden.

Einzelunternehmer und der Mittelstand müssen durch die Politik Rückenstärkung im Finanz- und Steuer-Wesen erhalten. Die Abwanderung ins Ausland dünnt das über Generationen gewachsene deutsche Potential aus.

Deutsche Steuer-Einnahmen und Staatsrücklagen dürfen nicht ohne Rück-Bestätigung von der Bevölkerung an Banken und Rettungsschirme im EU-Ausland oder sonstigen Ausland weitergereicht werden.

Eine angemessene Autobahn-Maut muss ausschliesslich zweckgebunden für den Strassenverkehr verwendet werden. Die Kongruenz zwischen Kraftfahrzeug-Steuer und Autobahn-Maut muss beachtet werden.

§ 8

Zur Innen-Politik bezieht die DEGP wie folgt Stellung. Gemäss § 5 und § 6 darf auch der Polizei-Dienst nicht ausgedünnt werden. Angemessene Entlohnung auf Basis des Staatsbeamtentums muss gewährleistet bleiben. Ein Anhäufen von Überstunden darf weder im Polizei-, Justiz- noch Verfassungs-Schutz-Dienst stattfinden.

Die DEGP setzt sich dafür ein, dass ein breit gefächertes Sportwesen in Deutschland gefördert wird. Öffentliche Sportplätze mit Laufbahnen und öffentliche Schwimmbäder mit 25 m und 50 m Bahnen müssen erhalten bleiben. Dabei muss die Wassertemperatur auf ein die Gesundheit förderndes Mass reduziert werden. Der Sportunterricht an öffentlichen Schule muss genutzt werden Talente und Begabungen frühzeitig zu erkennen und zu fördern. Dabei ist die gesamte Bandbreite der Sportarten einzubeziehen.

§ 9

Im Ressort Bildung / Kultus bekennt sich die DEGP zu klassischen Bildungswerten. Wissend, dass die Schulbildung die menschlichen Grundlagen eines Staates legt, muss die Position der Lehrer an den Schulen gestärkt werden. Die Rechte und die Autorität des Lehrpersonals bedürfen eingehender Überarbeitung. Ebenso muss auch die Ausbildung für Lehrer sämtlicher Schulformen der gegenwärtigen Lebensform in Deutschland und auch weltweit gerecht werden. Dies bedeutet auch, dass dem Rechnung getragen werden muss, dass Eltern nicht mehr selbst über die Zeit für eine angemessene Betreuung ihrer Kinder verfügen. Die DEGP spricht sich für eine ganztägige Betreuung der Kinder durch die Schule aus. Ein gutes Fundament der Ausbildung kommt dem Erhalt des gesamten Staatswesens zu Gute. Die Chancen-Gleichheit für Schüler aus allen sozialen Schichten muss gewahrt bleiben. Jeder Deutsche muss die Chance haben auf eine Berufsausbildung nach seinem Wunsche, sofern er gesundheitlich die Anforderungen erfüllt. Beispielsweise seien genannt die besonderen Anforderungen an das Berufsbild Berufs-Pilot, die naturgegeben nicht jeder erreicht. Eine Zwei-Bildungs-Klassen-Gesellschaft führt in einen menschlichen wie sozialen Abgrund.

§ 10

Die Auffassung der DEGP zum Verkehrswesen ist folgende: Es muss Sorge getragen werden, dass das gesamte Strassen-Netz in der Bundesrepublik Deutschland voll funktionstüchtig ist. Die verbesserte Instandhaltung und Ausbesserung der Schäden erbringt zahlreiche neue Arbeitsplätze. Ein Maut-System für LKW's und - je nach Lage - auch für Personenkraftwagen, muss diese Kosten erwirtschaften. Die Einnahmen dürfen nur zweckgebunden eingesetzt werden.

Um die Strasse zu entlasten, muss das Eisen-Bahn-Netz wieder stärker berücksichtigt werden. Hier spricht sich die DEGP gegen eine Privatisierung der Deutschen Bahn aus. Ebenso gegen den Verkauf von Streckenabschnitten an private Eisenbahnunternehmen. Das Beamtentum des Bahnbediensteten gilt es zu reanimieren.

§ 11

Themata: Landwirtschaft Ernährung Tierschutz - Artenschutz

Im Bereich der Landwirtschafts-Politik setzt sich die DEGP für die Anliegen der Deutschen Bauern ein. Sie müssen stärker in das Deutsche Wirtschafts-System integriert werden. Die DEGP unterstützt eine wertgerechte Entlohnung der Agrar-Arbeit und kämpft für ein angemessenes Preisniveau landwirtschaftlicher Produkte.

Ein weltweit gleicher Lohn verhindert die grassierende Umwelt- und Klima-Verschmutzung durch semiglobale Importe von Südfrüchten aus Ozeanien oder Latein-Amerika nach Deutschland.

Zu verhindern gilt es, dass ausländische Billigprodukte das Preisniveau auf dem deutschen Markt zu zerstören. Die starke Umweltverschmutzung durch Obst-, Gemüse- und Blumen-Importe per Cargo-Flugzeuge aus Übersee (Südamerika, Südafrika, Asien, Australien, Ozeanien) muss erkannt und berücksichtigt werden.

Ein die Deutschen Bauern befriedigender Milch-Preis muss erzielt werden.

Es gilt die ökologische Anbauweise zu würdigen und ebenso zu unterstützen. Die Natur mit ihrer so einzigartigen und nicht reproduzierbaren Tier- und Pflanzenwelt muss in besonderer Weise gewürdigt werden.

Importe und Exporte von artgeschützten Tieren und Pflanzen müssen weiterhin vom internationalen Artenschutz-Abkommen einen Rettungsschirm erfahren.

Tierhaltung im privaten wie auch die gewerbemässige muss artgerecht stattfinden.

Konsum-Verzicht ist ein weltweit gefordertes Ziel. Produktion im Überfluss darf nicht unreflektiert weiter geführt werden. Die DEGP fordert die Reduzierung des weltweit aufkommenden Transport-Aufkommens auf Strassen, in der Luft und auf Wasserstrassen.

§ 12

Die DEGP vertritt international eine Politik der Friedens-Bewahrung. Es muss weltweit verhindert werden, dass Menschenrechte missachtet werden. Auch im Kriegsgeschehen sind die Genfer Konventionen einzuhalten.

Deutschland ist eingebunden in die NATO und die DEGP spricht sich aus für einen ständigen Sitz im UNO Sicherheitsrat.

§ 13

Das Konzept der Verteidigungs-Politik beinhaltet für die DEGP, dass die Bundeswehr keine Angriffskriege unternehmen darf. Wohl aber im Falle der Verteidigung auch ausserhalb des Hoheitsgebietes der Bundesrepublik Deutschland (BRD) eingesetzt werden darf. Hier ist auch die Einbindung in ein militärisches Bündnis verpflichtend. Die Erfüllung humanitärer Aufgaben durch das Deutsche Militär wird begrüsst. Die DEGP setzt sich dafür ein, dass die Bundeswehr auch auf dem Staatsterritorium der BRD Schutz- und Sicherungs-Aufgaben erfüllen darf. Klimatisch bedingte Ausnahme-- Situationen zählen dazu genauso wie Aufstände von ausser Kontrollen geratenen militanten (oftmals verbotenen) Gruppierungen.

§ 14

Im Bereich der Energie-Politik vertritt die DEGP die Auffassung, dass Kernenergie so wenig als möglich zur Strom-Gewinnung eingesetzt werden sollte. Ziel muss der komplette Ausstieg aus der Atomenergie sein. Vorrangig sind alternative Energieformen zu fördern, die die Umwelt schonen. Kohle-Energie sollte unter dieser Massgabe beschränkt weitergenutzt werden. Auch der Kohle-Abbau sollte in beschränkter Masse weitergeführt werden, solange der Energie-Verbrauch nicht massgeblich reduziert wird durch Konsum-Verzicht.

§ 15

In der Justiz-Politik vertritt die DEGP die Auffassung, dass aus Gründen der Effizienz und der Bürger-Nähe eine Vereinfachung der Verfahren erreicht werden muss. Dies betrifft sowohl das Zivil- wie das Strafrecht. Durch eine Aufstockung des juristischen Personals an den Gerichten und Staatsanwaltschaften soll eine grössere Zügigkeit erzielt werden. Zugleich fordert die DEGP mehr Transparenz, damit auch der klagende wie der beklagte Bürger die juristischen Zusammenhänger versteht. Rechtskunde muss in allen Schulformen als Unterrichtsfach eingeführt werden.

Das Erbrecht bedarf einer Überarbeitung, um eine grösser Transparenz zu erzielen. Oftmals sind Testamente im Todesfall nicht mehr auffindbar. Gleichzeitig herrscht im Lande grosse Unkenntnis über die Möglichkeiten des Erbrechts und auch die Möglichkeiten einer steuergünstigen Weitergabe von Immobilien und anderen materiellen Werten an Kinder und Kindeskinde.

§ 16

Die DEGP unterstützt es, dass an deutschen Universitäten wieder führende Wissenschaft betrieben wird, vor allem in den klassischen Natur-Wissenschaften und auch in den Geistes-Wissenschaften. Die Ausbildung an Fach-Hochschulen sollte vorangetrieben werden. Massgeblich für eine gute akademische Ausbildung sind Seminare und Vorlesungen mit einer geringen Studentenzahl. Vonnöten ist ein Ausbildungs-System, das auf dem Prinzip der Schulklasse aufbaut und somit Ausbildungs-Sicherheit für den einzelnen gibt.

Die Anonymität gegenwärtiger Gross-Universitäten wie München, Berlin oder Bochum gilt es zu überwinden. Es dürfen auch nicht private Elite-Hochschulen eine zweiklassige Bildungs-Gesellschaft provozieren.

§ 17

Die DEGP vertritt eine Position, dass eingewanderten Nicht-Deutsche die ehrliche Chance haben sollten zur Einbürgerung und Integration, sofern sie bereit sind, sich die Deutsche Lebensweise auf Basis von Grundgesetz (GG), BGB, und StGB zu eigen zu machen. Eine exzellente Kenntnis der Deutschen Sprache ist Grundvoraussetzung ebenso wie die Überprüfung guter Kenntnisse in Staatswesen- und Rechts-Kunde. Dem historisch gewachsenen christlichen Fundament der Bundesrepublik Deutschland muss in jeder Weise Rechnung getragen werden.

§ 18

Im Ressort der Arbeitspolitik geht es für die DEGP darum der Gegenwart und Zukunft Rechnung zu tragen. Insbesondere der Bevölkerungs-Entwicklung. Das bedeutet man muss bereit sein, sich in ganz neuen Arbeitsfeldern zu konzentrieren. Die globale Vernetzung hat zu einer völligen Neubewertung klassischer Berufsbilder geführt. Der Bundesagentur für Arbeit kommt nach wie vor die Aufgabe zu Arbeit effektiv zu verwalten, Kindergeld auszuzahlen und Umschulungen und Weiterbildung zu kontrollieren.

§ 19

Um der fortschreitenden Chaotisierung auf dem Telekommunikations-Markt entgegenzuwirken, fordert die DEGP klare Gesetze, die bürgernahe Tarife vorsehen. Dies betrifft das gesamte Angebot an Festnetz-, Mobil-Telephon- und Internet-Anschlüssen und Tarifen.

Die DEGP spricht sich dafür aus, dass die Telekommunikation nach wie vor in staatlicher Hand bleiben sollte. Die Gebühr für die GEZ muss erhalten bleiben, damit ein unabhängiger öffentlicher Fernseh- und Radio-Betrieb gewährleistet bleibt.

§ 20

Nach Auffassung der DEGP muss die Sozial-Gesetzgebung dazu dienen Not kurzfristig zu lindern, um eine Reintegration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Kranken und Versehrten steht eine angemessene finanzielle Sicherung zu.

Die DEGP setzt sich massiv für einen bundesweiten Grundbetrag in Höhe von exakt 1000 ₪ steuerfrei ein. Ein zur Mitte des Monats ausgezahlter Betrag für jeden Bürger mit deutscher Staatsbürgerschaft.

Die Geburt in Deutschland führt nicht automatisch bzw. zwangsläufig zur Deutschen Staatsbürgerschaft.

§ 21

Im Bereich der Frauen- und Familie-Politik setzt sich die DEGP für die Belange der Frauen ein. Nicht verheiratete Frauen und alleinerziehende Mütter dürfen nicht benachteiligt werden. Beide Gruppen sollen von Gesetz her genauso behandelt werden wie verheiratete Frauen. Für allein erziehende Männer gilt gleiches.

§ 22

Die Bau- und Struktur-Politik der DEGP erstrebt eine Reduktion sozialer Brennpunkte. Es gilt mit aller Kraft eine Getto-Bildung bestimmter zugewanderter Volksgruppen zu verhindern. Eine gesunde Vermischung der sozialen Schichten fördert ein harmonisches Zusammenleben und sollte durch eine integrative Baupolitik erzielt werden. Arbeits- und Wohnwelt dürfen nicht zu stark voneinander getrennt werden.

§ 23

Tier- und Artenschutz wird massgeblich von der DEGP gefördert. Kein Tier darf im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland misshandelt oder gequält werden. Dies betrifft auch die gewerbsmäßige Züchtung von einheimischen wie exotischen Tierarten. Im Bereich von Pflanzen, Bäumen und Pilzen vertritt die DEGP ebenfalls die Auffassung, dass es Klowning und Hybridisierung zu vermeiden gilt.

§ 24

Ein wesentlicher Bestandteil der bürgernahen Partei-Arbeit besteht in der Beratung von Menschen. Es wird den Ratsuchenden unentgeltlich geholfen. Zu diesem Zweck sollen die Landes- und Ortverbände nach Kräften bürgernahe Zulaufstellen und Büros einrichten, wo vor Ort geholfen werden kann.